

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1974

Ausgegeben am 8. März 1974

45. Stück

- 135.** Verordnung: Änderung der Verordnung, mit der statistische Erhebungen im Bereiche des Groß- und Einzelhandels sowie des Beherbergungs- und Gaststättenwesens einschließlich der Campingplätze angeordnet werden
- 136.** Verordnung: Bestimmung des Straßenverlaufes der B 199 Tannheimer Straße im Bereich der Gemeinden Weißenbach am Lech und Nesselwängle
- 137.** Verordnung: Bestimmung des Straßenverlaufes der A 12 Inntal Autobahn und der S 13 Seefelder Schnellstraße im Bereich der Gemeinden Kematen in Tirol, Unterperfuss, Zirl, Ranggen und Inzing
- 138.** Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

135. Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie, des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft und des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 20. Feber 1974 über die Änderung der Verordnung, mit der statistische Erhebungen im Bereiche des Groß- und Einzelhandels sowie des Beherbergungs- und Gaststättenwesens einschließlich der Campingplätze angeordnet werden

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes 1965, BGBl. Nr. 91, wird — hinsichtlich der Betriebe des Beherbergungs- und Gaststättenwesens einschließlich der Campingplätze sowie des Groß- und Einzelhandels mit Ausnahme der Apotheken und der gewerbesteuerpflichtigen land- und forstwirtschaftlichen Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften durch den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, hinsichtlich der gewerbesteuerpflichtigen land- und forstwirtschaftlichen Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und hinsichtlich der öffentlichen Apotheken durch den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz — verordnet:

Die Verordnung vom 22. Dezember 1971, BGBl. Nr. 11/1972, mit der statistische Erhebungen im Bereiche des Groß- und Einzelhandels sowie des Beherbergungs- und Gaststättenwesens einschließlich der Campingplätze angeordnet werden, wird wie folgt geändert:

§ 7 hat zu lauten:

„§ 7. Die Angaben gemäß § 4 sind vom Auskunftspflichtigen vollständig und wahrheits-

getreu in den Erhebungsbogen einzutragen. Dieser ist im Falle monatlicher Meldungen bis zum 10. des dem jeweiligen Berichtsmonat zweitfolgenden Monates, im Falle von Meldungen über das Wirtschaftsjahr bis zum 30. Juni des dem jeweiligen Berichtsjahr folgenden Jahres dem Österreichischen Statistischen Zentralamt einzusenden.“

Staribacher

Weihs

Leodolter

136. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 21. Feber 1974 betreffend die Bestimmung des Straßenverlaufes der B 199 Tannheimer Straße im Bereich der Gemeinden Weißenbach am Lech und Nesselwängle

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286, wird verordnet:

Der Straßenverlauf eines Abschnittes der B 199 Tannheimer Straße wird im Bereich der Gemeinden Weißenbach am Lech und Nesselwängle wie folgt bestimmt:

Die neu herzustellende Straßentrasse beginnt bei km 3,98 (alt) und führt von dort unter teilweiser Verwendung der alten Trasse in gestreckterer Linienführung bis km 6,382 (alt).

Im einzelnen ist der Verlauf der Straßentrasse aus den beim Bundesministerium für Bauten und Technik, beim Amt der Tiroler Landesregierung sowie bei den Gemeinden Weißenbach am Lech und Nesselwängle aufliegenden Planunterlagen (Katastermaßstab 1 : 2880) zu ersehen.

§ 15 Bundesstraßengesetz 1971 findet auf den vorangeführten Straßenteil Anwendung. Die Grenzen des Bundesstraßenbaugebietes sind den aufliegenden Planunterlagen zu entnehmen.

Moser

137. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 25. Feber 1974 betreffend die Bestimmung des Straßenverlaufes der A 12 Inntal Autobahn und der S 13 Seefelder Schnellstraße im Bereich der Gemeinden Kematen in Tirol, Unterperfuss, Zirl, Ranggen und Inzing

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286, wird verordnet:

1. Der Straßenverlauf eines Abschnittes der A 12 Inntal Autobahn wird im Bereich der Gemeinden Kematen in Tirol, Unterperfuss, Zirl, Ranggen und Inzing wie folgt bestimmt:

Die neu herzustellende Straßentrasse beginnt im Anschluß an den durch die Verordnung BGBl. Nr. 203/1973 bestimmten Autobahnabschnitt bei Bau-km 11,75 und verläuft sodann dem südlichen Innufer folgend bis Bau-km 17,00.

2. Der Straßenverlauf eines Abschnittes der S 13 Seefelder Schnellstraße wird im Bereich der Gemeinden Kematen in Tirol, Unterperfuss und Zirl wie folgt bestimmt:

Die neu herzustellende Straßentrasse beginnt mit Einbindungen in die A 12 Inntal Autobahn und führt, etwa 250 m westlich der bestehenden Innbrücke Martinsbühel den Inn überquerend, bis zu dem bereits mit Verordnung BGBl. Nr. 402/1972 bestimmten Schnellstraßenabschnitt.

Im einzelnen ist der Verlauf der beiden Straßentrassen einschließlich der Anschlußstelle Zirl/West aus den beim Bundesministerium für Bauten und Technik, beim Amt der Tiroler Landesregierung sowie bei den Gemeinden Kematen in Tirol, Unterperfuss, Zirl, Ranggen und Inzing aufliegenden Planunterlagen (Maßstab 1 : 5000) zu ersehen.

§ 15 Bundesstraßengesetz 1971 findet auf die vorangeführten Straßenteile Anwendung. Die Grenzen des Bundesstraßenbaugebietes sind den aufliegenden Planunterlagen zu entnehmen.

Moser

138.

ABKOMMEN

über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien,

geleitet von dem Wunsche, ihre Beziehungen zu erweitern und zu vertiefen,

eingedenk der Bedeutung des Fremdenverkehrs für das gegenseitige Kennenlernen und die Verständigung der Völker,

überzeugt von der Rolle, die die Entwicklung des Fremdenverkehrs bei der weiteren Festigung der Beziehungen zwischen beiden Staaten spielen kann,

erfüllt vom Wunsche, auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil zu fördern,

bestimmt von der Bedeutung enger regionaler Zusammenarbeit,

SPORAZUM

između Vlade Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije i Austrijske Savezne Vlade o saradnji u oblasti turizma

Vlada Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije i Austrijska Savezna Vlada,

rukovodjene željom da svoje odnose prodube i prošire,

imajući u vidu značaj turizma za uzajamno upoznavanje i sporazumevanje naroda,

uverene u ulogu koju može da odigra razvoj turizma u daljem učvršćivanju odnosa između obeju zemalja,

želeći da u oblasti turizma unaprede tešnju i trajniju saradnju na obostranu korist,

podstaknute značajem regionalne saradnje,

haben,

auf der Grundlage und im Rahmen der in beiden Staaten bestehenden gesetzlichen Vorschriften

und handelnd im Geiste der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, von Rom, vom 21. August bis 5. September 1963,

folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragsstaaten werden der Entwicklung und der Erweiterung ihrer gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs besondere Aufmerksamkeit widmen und sich um deren Förderung bemühen.

Artikel 2

Die Vertragsstaaten werden Gruppen- und Einzelreisen von Touristen aus ihrem Staatsgebiet in das Staatsgebiet des anderen Vertragsstaates fördern, auch wenn diese aus dritten Staaten kommen.

Artikel 3

Die Vertragsstaaten haben bereits mehrere Abkommen geschlossen, die den erleichterten Grenzübergang ihrer Staatsbürger regeln. Die Vertragsstaaten werden weiterhin bestrebt sein, die Grenz- und anderen Formalitäten für Touristenreisen österreichischer Staatsbürger nach Jugoslawien und jugoslawischer Staatsbürger nach Österreich noch mehr zu erleichtern und zu vereinfachen. Dies gilt auch für Staatsbürger eines der beiden Vertragsstaaten, die auf dem Staatsgebiet des anderen Vertragsstaates ihren ordentlichen Wohnsitz haben.

Artikel 4

Die Vertragsstaaten werden die Zusammenarbeit zwischen den österreichischen und jugoslawischen Institutionen, Organisationen und Unternehmungen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs fördern.

Artikel 5

Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten im Interesse der touristischen Entwicklung entsprechende Maßnahmen zur Förderung, Erweiterung, Verbesserung und Koordinierung der gegenseitigen Verbindungen auf allen Verkehrsgebieten ergreifen.

Artikel 6

Die Vertragsstaaten werden im Interesse der weiteren Entwicklung des beiderseitigen Frem-

a na osnovu i u okviru postojećih zakonskih propisa dveju zemalja,

postupajući u duhu preporuka Konferencije Ujedinjenih nacija o turizmu i međunarodnim putovanjima, održanoj u Rimu, od 21. avgusta do 5. septembra 1963. godine,

sporazumele su se o sledećem:

Član 1

Strane ugovornice posvetiće naročitu pažnju razvitku i proširenju međusobnih odnosa u oblasti turizma i nastojaće da ih unaprede.

Član 2

Strane ugovornice podstićaće grupna i pojedinačna turistička putovanja sa svoje teritorije na teritoriju druge strane ugovornice i kada se ova putovanja vrše iz trećih zemalja.

Član 3

Strane ugovornice su već zaključile više sporazuma kojima se reguliše olakšani prelaz granice njihovih državljana.

Strane ugovornice nastojaće da i dalje olakšavaju i uprošćavaju granične i druge formalnosti za turistička putovanja jugoslovenskih državljana u Austriju i austrijskih državljana u Jugoslaviju. Ovo važi i za takva putovanja državljana jedne strane ugovornice koji imaju stalno mesto stanovanja na teritoriji druge strane ugovornice.

Član 4

Strane ugovornice podstićaće saradnju izmedju jugoslovenskih i austrijskih ustanova, privrednih organizacija i drugih organizacija u oblasti turizma.

Član 5

Strane ugovornice će u okviru svojih mogućnosti, a u interesu turističkog razvoja, preduzimati odgovarajuće mere za unapredjenje, proširenje, poboljšanje i uskladjivanje međusobnih veza u svim granama saobraćaja.

Član 6

Strane ugovornice će, u okviru svojih mogućnosti i u interesu obostranog razvoja turizma,

denverkehrs die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Raumplanung sowie des Umwelt- und des Naturschutzes im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin verstärken und zu diesem Zweck unter anderem die Einrichtung von alpinen Naturparks im Grenzgebiet in Erwägung ziehen.

Artikel 7

Die Vertragsstaaten werden die Fremdenverkehrswerbung, den Austausch und Vertrieb von Fremdenverkehrsinformationen und -publikationen, sowie die regionalen Initiativen der gemeinsamen Fremdenverkehrswerbung weiterhin fördern und unterstützen.

Artikel 8

Die Vertragsstaaten werden gegenseitige Besuche von Journalisten der Hörfunk- und Fernsehanstalten und der Presse sowie von Fachleuten auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs zwecks Information der Öffentlichkeit über die touristischen Attraktionen des besuchten Vertragsstaates unterstützen und fördern.

Artikel 9

Jugoslawien hat in Wien eine Werbestelle für den Fremdenverkehr errichtet. Auf Wunsch Österreichs wird Jugoslawien die Errichtung und die Tätigkeit einer österreichischen Werbestelle für den Fremdenverkehr auf seinem Territorium zu den gleichen Bedingungen ermöglichen. Die Einzelheiten hiefür werden durch ein zusätzliches Abkommen geregelt.

Artikel 10

Die Vertragsstaaten werden einander beim Austausch von Fachleuten und Informationen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs, der Hotellerie, der Gastronomie und der Raumplanung unterstützen. Sie werden eine Zusammenarbeit auch durch gemeinsame Beteiligung bei der Errichtung von Anlagen und bei der Lieferung von Ausrüstungen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs sowie die geschäftliche Tätigkeit der daran interessierten Unternehmungen sowie den Erfahrungs- und Informationsaustausch auf diesem Gebiete fördern. Diese Zusammenarbeit wird in Übereinstimmung mit den Vorschriften erfolgen, die in jedem der Vertragsstaaten für diese Tätigkeiten gelten.

Artikel 11

Zahlungen, die im Zusammenhang mit dem Touristenverkehr zwischen den Vertragsstaaten anfallen, erfolgen nach den Bestimmungen des zwischen Österreich und Jugoslawien jeweils in Kraft stehenden Zahlungsabkommens.

dalje jačati saradnju u oblasti prostornog planiranja i zaštite čovekove sredine i prirode i u tu svrhu će, između ostalog, razmatrati uređenje alpskih prirodnih parkova u pograničnoj oblasti.

Član 7

Strane ugovornice će i dalje podsticati i pomagati turističku propagandu, razmenu i distribuciju turističkih informativnih i drugih publikacija, kao i regionalne inicijative zajedničke turističke propagande.

Član 8

Strane ugovornice će pomagati i podsticati međusobne posete novinara iz institucija za radio-televiziju i štampu, kao i stručnjaka iz oblasti turizma, u cilju obaveštavanja javnosti o turističkim privlačnostima druge strane ugovornice.

Član 9

Jugoslavija je osnovala u Beču ured za turističku propagandu. Na želju Austrije, Jugoslavija će omogućiti, pod istim uslovima, osnivanje i rad austrijskog turističko-propagandnog ureda na svojoj teritoriji. Pojediniosti o osnivanju i radu ureda regulisaće se dodatnim sporazumom.

Član 10

Strane ugovornice će ukazivati potrebnu pomoć pri razmeni stručnjaka i informacija iz oblasti turizma, hotelijerstva, restoraterstva i prostornog planiranja.

One će podsticati saradnju i kroz zajednička ulaganja u izgradnju turističkih objekata i pri isporuci opreme za ove objekte, kao i poslovanje zainteresovanih privrednih organizacija i razmenu iskustava i informacija u toj oblasti.

Ova saradnja ostvarivaće se u skladu sa važećim propisima koji u svakoj od dveju zemalja regulišu ove delatnosti.

Član 11

Plaćanja u vezi sa turizmom između strana ugovornica vršiće se prema odredbama važećeg platnog sporazuma između Jugoslavije i Austrije.

Artikel 12

Die Vertragsstaaten werden eine gemischte Kommission bilden, welche die Durchführung dieses Abkommens beobachten und in diesem Sinne entsprechende Maßnahmen vorschlagen wird. Die Kommission wird in der Regel alle zwei Jahre, abwechselnd in Österreich und in Jugoslawien, oder erforderlichenfalls zu einem anderen Zeitpunkt zusammentreten, der einvernehmlich festgelegt wird.

Artikel 13

Dieses Abkommen wird für unbestimmte Zeit geschlossen und tritt sechs Monate nach Einlangen der auf diplomatischem Wege erfolgten schriftlichen Kündigung durch einen der Vertragspartner außer Kraft.

Artikel 14

Dieses Abkommen tritt am sechzigsten Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien der Österreichischen Bundesregierung mitteilt, daß die nach jugoslawischem Recht erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Geschehen in Dubrovnik am 26. Juli 1973 in zwei Urschriften in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der
Sozialistischen Föderativen
Republik Jugoslawien:

Boris Šnuderl m. p.

Für die
Österreichische Bundesregierung:

Staribacher m. p.

Član 12

Strane ugovornice osnovaće Mešovitu komisiju koja će pratiti sprovođenje ovog Sporazuma i u tom cilju predlagati odgovarajuće mere. Komisija će se po pravilu sastajati svake druge godine, naizmenično u Jugoslaviji i Austriji, ili po potrebi u drugo vreme koje će se sporazumno utvrditi.

Član 13

Ovaj Sporazum se zaključuje na neodredjeno vreme i gubi važnost šest meseci posle prijema pismenog otkaza izvršenog diplomatskim putem od jedne strane ugovornice.

Član 14

Ovaj Sporazum stupa na snagu šezdesetog dana od dana saopštenja Vlade Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije Austrijskoj Saveznoj Vladi, da su ispunjeni svi potrebni uslovi po jugoslovenskom pravu.

Sačinjeno u Dubrovniku dana 26. jula godine 1973 u dva originala, na srpskohrvatskom i nemačkom jeziku, i oba teksta su autentična i jednako punovažna.

Za Vladu
Socijalističke Federativne
Republike Jugoslavije:

Boris Šnuderl m. p.

Za
Austrijsku Saveznu Vladu:

Staribacher m. p.

Das vorliegende Abkommen tritt gemäß seinem Artikel 14 am 11. März 1974 in Kraft.

Kreisky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 252-70, inklusive 8% Umsatzsteuer, für Inlands- und S 320— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von 54 g inklusive 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 2-15 inklusive 8% Umsatzsteuer für das Stück, in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 5780.002. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.